

## Antrag an die Kärnten Konferenz:

### Ein Europa der Menschen!

Seit 29 Jahren ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Wir haben in diesen 29 Jahren alle Höhen und Tiefen der Mitgliedschaft in dieser Staatengemeinschaft erlebt und können daher mit voller Überzeugung feststellen, dass die Vorteile bei weitem überwiegen. Dennoch müssen wir unser Europa verbessern, die vielen Herausforderungen im Blick behalten und bewältigen. Einst als Wirtschaftsbündnis gegründet, befindet sich die soziale Säule der EU erst im Aufbau - diese gilt es in den nächsten Jahrzehnten zu manifestieren.

Am 09. Juni 2024 sind wir alle aufgerufen, unsere Abgeordneten zum Europäischen Parlament zu wählen. In Österreich dürfen neben Deutschland und Malta auch schon 16-Jährige zur Wahlurne schreiten, was wegweisend für alle Mitgliedsstaaten sein sollte. Betrachtet man die aktuelle geopolitische Lage in Europa und der Welt, so können wir auf diese, unsere europäische Friedensunion mehr als stolz sein und man kann diesmal mit Recht behaupten, dass es sich um eine entscheidende Richtungswahl nicht nur für die Europäische Union, sondern für Europa insgesamt handelt. Österreich mit seinen 9 Millionen Einwohnern könnte diese multiplen Krisen nicht alleine bewältigen. Als Mitglied der Europäischen Union sind wir aber Teil einer supranational organisierten Union mit insgesamt 450 Millionen Einwohnern, die es jedenfalls wirtschaftlich und geopolitisch mit den großen Playern dieser Welt (USA, China, Indien etc.) aufnehmen kann.

Mit dem Vertrag von Lissabon (2009) wurde die EU-Grundrechtecharta rechtsverbindlich in die Verträge aufgenommen. Dieser einheitliche Grundrechtskatalog enthält - im Gegensatz zu den in Österreich geltenden Grundrechten - umfassend soziale Grundrechte. Die Grundrechte stellen den höchsten Schutz der in Europa lebenden Menschen dar. Erst seit 2009 geben also die Grundrechte in Europa den Ton an und soziale Rechte für die Menschen wurden vom EU-Parlament gesetzlich verankert. Die Zukunft Europas muss eine Soziale Union sein, die den Menschen dient und sie in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt.

Dazu braucht es eine starke Sozialdemokratie im Europäischen Parlament, die weiterhin soziale Rechte für die Menschen in der EU-Gesetzgebung festschreibt, die den Schutz vor Armut, den Schutz unseres Planeten, den Schutz und die Stärkung von Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Regulierung und Schaffung eines wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Umfelds fördert.

Eine starke Sozialdemokratie, die sich dem drohenden Rechtsruck, dem Verlust dieser Errungenschaften und dem Verlust der Chance, Europa sozialer und gerechter für alle zu gestalten, entgegenstellt und das Europäische Parlament zu einer starken Stimme der Menschen in Europa macht. Dieser Aufgabe stellen wir uns nicht nur in Kärnten, sondern auch auf europäischer Ebene.

Wir fühlen uns gegenüber den 17 Nachhaltigkeiten Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen verpflichtet. Die Ziele wurden 2015 von den 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, darunter auch Österreich, bei einem Gipfeltreffen verabschiedet. Sie stellen einen globalen Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung auf wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Ebene dar und bauen auf das grundlegende Prinzip auf, alle Menschen miteinzubeziehen. Die 17 SDGs sind untrennbar und gleichwertig miteinander verbunden.

### **ARBEIT, WOHNEN, SOZIALES** „Ein Fairer Deal für Arbeitnehmer:innen“

Das Recht auf gute Jobs mit fairer Bezahlung in der ganzen EU  
Digitalisierung, grünere Wirtschaft, demografischer Wandel, künstliche Intelligenz - all das stellt die Arbeitswelt in unserem Binnenmarkt in Europa vor große Herausforderungen. Sichere Arbeitsplätze müssen geschaffen, Arbeitnehmer:innenrechte europaweit geschützt und Arbeit gut bezahlt werden. „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ muss die Maxime aller europäischen arbeitsrechtlichen Richtlinien sein.

Wenn es um Arbeiter:innen geht, um „Plattformarbeiter:innen“, um Menschen, die in die Schein-„Selbstständigkeit“ gedrängt werden, das sind zum Beispiel Pflegekräfte, Erntehelfer:innen, Hausangestellte, Taxler:innen, Reinigungskräfte, Pilot:innen - quer durch die Arbeitswelt, ob online oder offline vermittelt - sie alle müssen durch europäische Richtlinien und durchsetzbare Rechte in ihren Rechten als arbeitende Menschen in diesem Binnenmarkt geschützt werden.

Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten müssen durch eine Angleichung nach oben bei Einkommen und Arbeitsbedingungen beseitigt werden. Nicht nur den Wirtschaftstreibenden soll ein fairer Wettbewerb geboten werden, sondern auch die arbeitenden Menschen müssen in der sozialen Marktwirtschaft europaweit faire und gleiche Bedingungen vorfinden und in ihren Rechten geschützt werden.

- EU-Rechtsanspruch auf unbefristete Verträge und Vollzeitarbeit, sowie EU-weites Verbot unbezahlter Praktika, Rechtsrahmen für Hausangestellte.
- Einführung eines europäischen Rahmens zur Förderung der Aufwärtskonvergenz bei Löhnen und Gehältern
- Faire Arbeitsmobilität in der EU: Verbesserung der Evaluierung der überarbeiteten EU-Entsenderichtlinie, die seit 2022 umzusetzen war und gegebenenfalls Nachbesserung.
- Stärkere Kompetenzen der EU-Arbeitsagentur.
- Stärkung von Information und Konsultation der Arbeitnehmer:innen, der Gewerkschaftsrechte und der betrieblichen Mitbestimmung durch Einführung einer EU-Mitbestimmungsrichtlinie
- Arbeitnehmerfreundliche Regelung der Plattformarbeit: Lieferant:innen, Reinigungskräfte, Taxifahrer:innen, Fahr- und Botendienste und viele mehr, deren Arbeitsleistung online vermittelt wird: sie müssen EU-weit als Arbeitnehmer:innen gelten, daher: die EU-Plattformarbeitsrichtlinie rasch umsetzen.
- EU-weite nationale Umsetzung des europäischen Mindestlohns und der EU-Lohntransparenzrichtlinie.
- Sinnvolle, gerechte und nachhaltige Grundsicherungssysteme für alle Menschen entwickeln und Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene bekämpfen.

### **Das Recht auf leistbares Wohnen**

Die Entwicklung der Wohnkosten in den letzten Jahren muss uns alle aufrütteln. Durch die Untätigkeit der jetzigen Bundesregierung ist die Inflation in Österreich in den letzten 10 Jahren um 35% gestiegen, die Mieten, vor allem im privaten Bereich, um 60%, also fast doppelt so stark. Ein ähnliches, wenn auch nicht so extremes Bild zeigt sich auch in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Leistbares Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Dieses Grundbedürfnis soll und muss in Österreich und in ganz Europa leistbar sein. Wir fordern daher:

- Wohnen als Grundrecht. Es muss eine Regelung geben, die der Spekulation mit Grund, Boden und Wohnraum einen Riegel vorschiebt. Mit dem Ziel, die Menschen in Europa mit leistbarem Wohnraum zu versorgen.
- Das Recht auf leistbares Wohnen muss in einer EU-Richtlinie verankert werden.
- Der soziale Wohnbau soll durch EU-Mittel gefördert werden.
- Im Energiebereich muss es zu einer Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis kommen. Die Förderung des notwendigen europaweiten Netzausbaus muss neben den wichtigen EU-weiten Trassen auch jene Regionen erreichen, die aufgrund ihrer geografischen Gegebenheiten eine kostenintensive Netzstruktur vorhalten müssen. Damit auch in diesen Regionen Energie leistbar bleibt und die Wettbewerbsfähigkeit ausgeglichen bleibt.

## **WIRTSCHAFT**

### **„Ein fairer Deal mit der WIRTSCHAFT“**

Europa bietet den Unternehmen den größten Binnenmarkt der Welt mit fairem Wettbewerb in einer sozialen Marktwirtschaft. Deshalb kann Europa in Handelsabkommen oder EU-Richtlinien selbstbewusst die Regeln setzen. Wer hier Geschäfte machen will, muss sich auch außerhalb dieses Marktes an Regeln halten. Menschenrechts-, Gesundheits-, Sozial- oder Umweltstandards müssen eingefordert werden.

Leider sieht die Realität oft anders aus. Große Unternehmen und Konzerne nutzen die Regelungslücken der Nationalstaaten schamlos aus und picken sich die Rosinen aus unseren Sozial-, Rechts- und Steuersystemen heraus und suchen sich das „billigste“ Sozial-, Steuer- oder Rechtssystem mit dem geringsten Arbeitnehmerschutz. Kleine und mittlere Unternehmen sehen sich einem unfairen Wettbewerb und einem zu hohen Verwaltungsaufwand ausgesetzt. Deshalb braucht es EU-Regeln für Konzerne, die der Umgehung und Aushöhlung der Steuer-, Sozial- und Rechtssysteme der Mitgliedstaaten einen Riegel vorschieben. Das geltende Recht muss für alle gelten und faire Bedingungen für Menschen und Unternehmen schaffen. Die Wirtschaft muss wieder den Menschen dienen und nicht ausschließlich den Aktionären.

Das gilt auch für die Landwirtschaft. Die Förderstruktur muss im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen umgestaltet werden: die Fördermittel der Landwirtschaft sollen primär in die kleinstrukturierte, nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft gehen. So könnte aus der Agrarförderung ein Bäuer:innen-Grundeinkommen aufgebaut werden, generell mehr Geld in Regionen mit ländlichen Strukturen fließen, um auch die Infrastruktur zu den Familienhöfen zu erhalten oder Nebenerwerbslandwirte stärker zu fördern.

- Gerechte Besteuerung internationaler Konzerne und Schließung von Steuerschlupflöchern zur Finanzierung wichtiger gesellschaftspolitischer Maßnahmen
- Einführung einheitlicher europäischer Steuern wie einer EU-Finanztransaktionssteuer, Umsetzung der EU-weiten Mindestkörperschaftssteuer und Schließung von Steuerschlupflöchern in Europa.
- Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat in Steuerfragen.
- Die Forschungs-, Innovations- und Produktionsstandorte in Europa, insbesondere in Kärnten müssen gestärkt werden und die Abhängigkeit von Drittstaaten in diesen Bereichen muss reduziert werden.
- Europäische Agrarförderung neu gestalten!
- Keine Aushöhlung europäischer Standards (Menschenrechte, Soziales, Gesundheit, Hygiene, Umwelt) durch Freihandelsabkommen mit Drittstaaten; Produkte, die in der EU gehandelt werden, sollen weitgehend den gleichen Standards unterliegen.

## **EIN EUROPA DER FRAUEN UND GLEICHBERECHTIGUNG**

Mit der Europäischen Union, vor allem auf Druck des Europäischen Parlaments, haben sich die Rechte der Frauen in ganz Europa enorm verbessert. Gleichbehandlung im Beruf, bessere Chancen in der Arbeitswelt - wichtige Initiativen, die die jetzige Bundesregierung in Österreich ohne EU-Vorlage nie erreicht oder umgesetzt hätte. Dazu zählen z.B. die Lohntransparenz und die Frauenquote in Führungspositionen privater Unternehmen.

- Umsetzung der Lohntransparenzrichtlinie zur Beseitigung von Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern.
- Umsetzung der Richtlinie „Frauen in Führungspositionen“: Börsennotierte Unternehmen müssen bis zur Erreichung von mindestens 40% der Aufsichtsräte:innen oder 33% aller Leitungsorgane (bei gleicher Qualifikation) die/den Bewerber:in einstellen.
- Horizontale EU-Gleichbehandlungsrichtlinie verabschieden: Diskriminierung in Europa weiter bekämpfen. Noch immer können LGBTQ+ Menschen z.B. beim Zugang zu Wohnraum oder anderen Dienstleistungen diskriminiert werden.
- In der nächsten Periode gilt es, eine Charta für Frauenrechte aufzubauen, um europaweit einheitliche Standards für alle Frauen sicherzustellen, die Grundsätze des Gender Budgeting und Gender -Mainstreaming müssen in alle Politikbereiche einfließen, um die Ursachen und die strukturelle Benachteiligung von Frauen zu bekämpfen
- Rechtsrahmen für Hausangestellte und Pflegekräfte mit Festlegung der Rechte und Verantwortlichkeiten beider Beteiligten und angemessene Entlohnung

## **DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT VERTEIDIGEN!**

Auf Betreiben des Europäischen Parlaments wurde das Instrument des Artikel-7-Verfahrens zum Schutz der Werte der EU eingeführt. Finanzielle Mittel werden an die Einhaltung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips geknüpft und ein jährlicher Rechtsstaatlichkeitsbericht muss von der Kommission erstellt werden. Dennoch - Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen ständig beachtet, verteidigt und weiterentwickelt werden. Die treibende Kraft ist das Europäische Parlament, deshalb braucht es ein echtes Initiativrecht für das Europäische Parlament.

- Verbesserung des Rechtsstaatsmechanismus
- Dem EU-Parlament ein echtes Initiativrecht für Richtlinien und Verordnungen geben
- Maßnahmen zur Stärkung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in Europa und zur Begrenzung des Einflusses von Politikern auf Medienunternehmen
- Stärkere Einbindung der Bürger:innen bei wichtigen Fragen durch vom EU-Parlament initiierte EU-weite Bürger:innenbefragungen

## **ASYL UND MIGRATION**

Europa muss die Asylfrage gemeinsam lösen. Wir müssen die Ängste der Menschen in unseren Gemeinden und Städten ernst nehmen und ihnen begegnen, aber genauso das Menschenrecht auf Asyl für Schutzsuchende respektieren. Es muss legale Fluchtwege für Schutzsuchende geben, Schlepperbanden müssen mit mehr EU-Mitteln stärker bekämpft werden, einzelne Mitgliedstaaten dürfen mit den ankommenden Flüchtlingen nicht allein gelassen werden. Hier muss Europa solidarisch zusammenstehen, sich klar zum Menschenrecht auf Asyl bekennen und klare, faire Regeln für alle schaffen!

Migration darf hier nicht pauschal mit Flucht und Asyl vermischt werden. In vielen Lebens-, Arbeits- und Dienstleistungsbereichen brauchen wir gezielt ausgebildete Fachkräfte. Hier müssen Strukturen geschaffen werden, um gezielt Arbeitskräfte aus Europa, aber auch von außerhalb Europas ins Land zu holen. Die Alterung unserer Bevölkerung wird laut Prognose des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz von 2023 bis 2050 jährlich 7.000 zusätzliche Pflegekräfte erfordern! Hier muss auf das Kapitel Arbeitnehmer:innen verwiesen werden, weil gerade hier Agenturen, Leiharbeitsfirmen und große Unternehmen / Konzerne Wettbewerb auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen aus anderen aber auch aus Nicht-EU-Staaten betreiben. Durch Lohn - Preis- und Sozialdumping dürfen diese Arbeitnehmer:innen und Dienstleister:innen nicht ungleich behandelt werden - Europa braucht daher die höchsten Standards in den arbeitsrechtlichen EU-Gesetzen.

### **Im Asylbereich sind folgende Maßnahmen zu setzen:**

- Gemeinsames Europäisches Asylsystem mit einheitlichen Asylverfahren, fairer Verteilung und einheitlichen Leistungen.
- Europäisches Quotensystem zur Verteilung von AsylwerberInnen in der Europäischen Union in Verbindung mit einem EU-Strukturfonds.
- Maximaldauer der Asylverfahren von 3 Monaten.
- Stufenplan zur Umsetzung der Europäischen Verfahrenszentren.
- Kontrolle der Außengrenzen durch eine gemeinsame europäische Mission.
- Einrichtung eines europäischen Seenotrettungsprogramms.
- Europäischer Solidaritätsfonds zur Unterstützung von Gemeinden, die AsylwerberInnen aufnehmen.
- Verstärkte Anstrengungen bei der Aushandlung von Rückführungsabkommen.

### **Im Bereich der Migration fordern wir wie folgt:**

- Entwicklung einer österreichischen Migrationsstrategie, die Migration als Chance für Österreich begreift.
- Europäische Migrationsstrategie mit einem System von Arbeitsvisa für Länder, die in der Rückführungsfrage kooperieren.
- Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping durch Weiterentwicklung der EU-Entsenderichtlinie.
- Keine Regionalisierung der Mangelberufsliste ohne Vollbeschäftigung.
- Europaweite Angleichung von Sozial-, Nachhaltigkeits-, Steuer- und Lohnstandards.

## **FRIEDEN, SICHERHEIT, AUSSENPOLITIK**

Die aktuellen Kriege in Europa und im Nahen Osten führen uns vor Augen, wie schnell sich ein friedliches Europa verändern kann. Ein Europa des Friedens nicht nur innerhalb der Europäischen Union, sondern auf dem gesamten Kontinent und in der Welt zu sichern, muss unsere oberste Priorität sein.

- Demokratie verteidigen
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unter Wahrung der österreichischen Neutralität
- Offene Grenzen in Europa gewährleisten
- Aktive Entwicklungs- und Friedenspolitik
- Sicherung der europäischen Energienetze und Energieversorgung
- Recht auf gute medizinische Versorgung umsetzen. Dazu muss die Medikamentenproduktion nach Europa zurück geholt werden.
- Sicherung europäischer Interessen in der Welt
- Stärkung der Zusammenarbeit mit allen demokratischen Bündnissen in der Welt, insbesondere mit den USA
- Gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik
- Einsatz für ein solidarisches, weltoffenes, demokratisches und starkes Europa nach innen und außen.
- Erweiterung der Europäischen Union mit Schwerpunkt Westbalkanstaaten. Dies ist nicht nur aus Kärntner Sicht wichtig, sondern auch im Hinblick auf die immer stärker werdende Dominanz Russlands und der arabischen Staaten in der Region des Westbalkans.

## **EIN EUROPA DER REGIONEN**

Kärnten liegt im Herzen Europas. Gemeinsam mit unseren Nachbarn bilden wir den wohl lebenswertesten Raum Europas. Diese Errungenschaften gilt es zu verteidigen und weiter auszubauen.

- Stärkung der Zusammenarbeit in den Regionen auf allen Ebenen. Insbesondere gilt es, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Slowenien und Italien im Rahmen der Euregio Senza Confini oder der Alpen Adria Allianz zu intensivieren und immer wieder neue Projekte mit den Nachbarn und mit der Europäischen Union zu entwickeln und nach Kärnten zu holen.
- Stärkung des Mitspracherechts der Regionen auf europäischer Ebene durch eine Aufwertung des AdR (Ausschuss der Regionen) mit einem aktiven Mitentscheidungsrecht bei Beschlüssen, die die Regionen direkt betreffen.
- Im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (2028-2035) müssen EU-Gelder weiter der langfristigen Sicherung und dem Ausbau kommunaler Infrastruktur dienen, die Gelder müssen für Gemeinden und Städten leichter abrufbar werden.
- Europa ist überall in Kärnten. Egal ob wir uns den Community Nurses“, dem Glasfaser-Ausbau, den Bau der Koralmbahn, dem privaten Ölkesseltausch oder geförderte Laptops und Tablets für Schüler:innen zuwenden - überall steckt Europa drin und das muss auch gesagt werden! Um Europa den Menschen (be-)greifbarer zu machen, müssen wir alle EU-geförderten Projekte breit kennzeichnen und den Menschen sagen, wo überall EU-Geld überall drinsteckt.

## UMWELT – KLIMAWANDEL - ENERGIE

Europa und die Welt stehen vor der größten Herausforderung in der Geschichte der Menschheit. Dass sich das Klima radikal verändert, steht mittlerweile außer Frage. Die Frage ist nur, ob und wie die Folgen des Klimawandels abgemildert werden können. Auf jeden Fall muss alles getan werden, um die Erderwärmung und die damit verbundenen Katastrophen zu verhindern.

- Ein neuer „Green and Social Deal“ mit einem fairen Modell für alle Menschen. Der Übergang zum „grünen Europa“ muss sozial gerecht gestaltet werden, mit einem Klima-Sozialfonds, der jene Menschen „auffängt“, die am stärksten von den ambitionierteren Klimazielen
- Emissionen: CO<sub>2</sub>-neutrales Wirtschaften in Europa: Bis 2050 soll die EU umfassend, also Wirtschaft und unsere Gesellschaft - klimaneutral werden, wir brauchen eine Null-Verschmutzungs-Politik für Luft und Wasser - schon bis 2024 müssen die Treibhausgase im Vergleich zu 1990 um 90 % gesenkt werden.
- Gesetzlicher Schutz des Trinkwassers im Verfassungsrang in allen EU-Mitgliedstaaten und Schutz unserer Böden mittels Reduktion von Pestiziden und Verbot von Glyphosat
- Energie: bis 2030 soll 40 % der benötigten Energie klimaneutral gewonnen werden:: Energie muss zwar umweltfreundlich erzeugt, aber auch leistbar sein. Gerade in Kärnten und Österreich haben wir großes Potential die Sonne, den Wind und das Wasser zu nutzen, den Klimaschutz als gemeinsame Chance für neue „green“ Jobs, für Investitionen in die Infrastruktur und Digitalisierung (AI-Act etc.)